

17.03.2013

Soliden Nachtragshaushalt gefordert

BBB : Verschwendung ist das eigentliche Problem

Bruchköbel.- Nachdem Bürgermeister Maibach mit seinen Steuererhöhungsplänen von der Stadtverordnetenversammlung eine Abfuhr kassiert hat, fordert die BBB-Fraktion von ihm, unverzüglich den Entwurf eines Nachtragshaushalts für 2013 einzubringen, der endlich auf soliden Zahlen basiert und das Defizit durch Einsparungen zumindest um zwei Millionen Euro zurückführt. Damit sei die sofortige Genehmigungsfähigkeit ebenso gewährleistet wie ein erster Schritt hin zum dauerhaften Haushaltsausgleich gegangen, so Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Es müsse klar sein, daß dies die Aufgabe des Bürgermeisters als Finanzdezernent sei und nicht die der Stadtverordnetenversammlung oder einer Fraktion. Für diese Arbeit werde der Bürgermeister mit B4, das sind etwa Euro jährlich, besoldet; nicht dafür, daß er Feste eröffne und Sitzungen moderiere. Auch könne nach dem Haushaltrecht überhaupt nur er über den Magistrat einen Haushaltsentwurf einbringen und die erforderlichen Maßnahmen und Regelungen in der Finanz- und Verwaltungsorganisation treffen. Es sei daher ein billiges Täuschungsmanöver der CDU, wenn sie nun von den Oppositionsfraktionen Sparvorschläge fordere, so BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz. Exakt seit dem Amtsantritt Maibachs 2008 wiesen die städtischen Haushalte Defizite in Millionenhöhe aus. In den Haushaltsberatungen sei es dann stets so gewesen, daß die BBB-Fraktion eine pauschale Kürzung der Mittel für die laufende Verwaltung beantragt habe, diese aber von CDU und Grünen mit ihrer damaligen Mehrheit abgelehnt worden seien. Der Bürgermeister habe dann in seiner Verwaltungsarbeit nie auf Sparsamkeit geachtet, sondern Steuergelder verschwendet, als schwämme Bruchköbel im Geld. So sei gerade erst die Gebührenberechnung im Friedhofsbereich nicht mehr durch die Verwaltung, sondern durch eine Unternehmensberatung vorgenommen worden; allein für Rechtsberatung seien 2012 über 200.000 Euro verschleudert worden, Maibach erscheine kaum noch in einer Ausschußsitzung ohne mindestens einen Rechtsanwalt. Als sich der Haupt- und Finanzausschuß mit der von Maibach gegen die Wand gefahrenen Stadtmarketing-GmbH habe befassen müssen, sei Maibach mit zwei Rechtsanwälten erschienen, deren einer allein das Verwaltungshandeln seitens der Stadt erklärt habe, während Maibach schweigend daneben gesessen habe. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Harald Hormel erinnert daran, daß Bürgermeister Michael Roth im Personalbereich ohne Nachteile für die Bürger jährlich Euro eingespart habe, indem er zeitweise entbehrliche Stellen vorübergehend nicht besetzt habe und die Leiterinnen der Kindertagesstätten nicht vollständig von der Gruppenbetreuung freigestellt habe. Unter Maibach und Schwarz/Grün sei das aber ganz schnell geändert worden, und es seien seit 2008 neue Stellen geschaffen worden, die keinesfalls alle aufgrund gesetzlicher Vorgaben notwendig geworden seien. Hinzu kämen unnötige Ausgaben im investiven Bereich. So sei mit der dezentralen Einrichtung der U-3-Betreuung die teuerste Lösung gesucht worden und diese dann auch noch um 60% teurer ausgefallen, als geplant; für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Oberissigheim habe man 2010 schon mal ein Grundstück für 27.000 Euro gekauft, dann aber 2011 das Baurecht dafür vergeigt, indem ein Stadtverordnetenbeschuß sechs Wochen lang nicht veröffentlicht worden

sei. Auf dem Grundstück könnte die Stadt jetzt lediglich Schafe weiden lassen, wenn sie denn davon mehrere hätte. Diese wenigen Beispiele zeigten sehr deutlich, daß die Stadtverordnetenversammlung weder den Haushalt reparieren noch die städtischen Finanzen retten könne, wenn beim Bürgermeister Unwilligkeit und Unfähigkeit zu sparsamer Haushaltswirtschaft zusammenkämen.